

FDP: Grunderwerbsteuer-Erhöhung erschwert Immobilienerwerb in Saarland!

St. Ingbert, den 8.7.2010: An der von der Jamaika-Regierung des Saarlandes geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer übt der FDP-Ortsvorsitzende Andreas Gaa scharfe Kritik. Die Auffassung der Landesregierung, die Erhöhung um nur 0,5 Prozent lasse sich leicht verkraften, tragen die St. Ingberter Liberalen nicht mit.

"Es wird wieder den jungen Familien, die ihr Traum vom eigenen Haus verwirklichen möchten - und dafür durchschnittlich die kommenden 30 Jahre Schulden tilgen - in die Tasche gegriffen! Auch die Maxime von Ministerpräsident Müller zum Sparpaket "Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache passt da nur schlecht".

Bezogen auf ein gut ausgestattetes Eigenheim muss man zum Beispiel in St. Ingbert - derzeit ca. 210.000,- Euro als Kaufpreis kalkulieren. Musste man vorher 7.350,- Euro Steuern zahlen, sind das nun immerhin 8.400,- Euro ohne auch irgendeine Gegenleistung dafür zu erhalten.

Wie das Saarland, mit fallender Einwohnerzahl, vor allem auch in den ländlichen Kommunen, diese Erhöhung der Kaufnebenkosten beim Haus- und Grundstückserwerb vereinbaren will, bleibt schleierhaft, meint Andreas Gaa. Negative Auswirkungen dürften sich auch bei der Ansiedlung von Firmen ergeben, die ihren Betrieb auf eigenem Grund und Boden aufbauen wollen.

Insgesamt wird durch die geplante Steuererhöhung die Eigentumsbildung im Saarland erschwert. Betroffen sind auch Eigentumswohnungen, die als Einstieg ins Immobilieneigentum gerade bei jungen Familien beliebt sind, und die auch von älteren Menschen, die nach Abschluss des Berufslebens wieder in die Stadt ziehen wollen, gerne erworben werden.

Im Hinblick auf die 4 Mio. Euro Mehr-Einnahmen von den insgesamt geplanten 115 Millionen Euro, wäre da ein Sparwille an manch anderer Stelle, als wieder beim Bürger, zu empfehlen gewesen.